



Der Oberbürgermeister

über
Magistratund
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

19. April 2022

Studentische Praktika und Abschlussarbeiten in der Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften - Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03.11.2021 - Beschluss-Nr. 0195 vom 10.11.2021, (SV-Nr. 21-F-69-0011)

Die Landeshauptstadt Wiesbaden steht durch die bestehende Altersstruktur ihrer Belegschaft in den nächsten Jahren vor der großen Herausforderung, zahlreiche neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Dabei befindet sie sich in einem harten Wettbewerb mit anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern.

Immer mehr Arbeitgeber setzen Abschlussarbeiten als aktives Instrument zur Gewinnung von Mitarbeitern ein. Dabei profitieren beide Seiten: Die Studierenden sammeln praktische Erfahrungen und erhalten eine Entlohnung; die Stadtverwaltung wird in ihrer Arbeit vom Studierenden unterstützt. Gleichzeitig lernen sich beide Seiten im Arbeitsalltag kennen und knüpfen Kontakte für einen eventuellen Berufseinstieg. In geringerem Ausmaße gilt dies auch für Studienpraktika, die in den meisten Studiengängen verpflichtend vorgesehen sind.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten:

- a. welche Möglichkeiten für Studierende bestehen, ihre Abschlussarbeiten in der Stadtverwaltung Wiesbaden zu schreiben.
- b. wie viele Studierende in den letzten fünf Jahren Praktika in der städtischen Verwaltung absolviert haben und wie viele davon bezahlte Praktika waren (aufgeschlüsselt nach Ämtern).
- c. wie viele Studierende in den letzten fünf Jahren ihre Abschlussarbeiten im Rahmen einer Mitarbeit in der städtischen Verwaltung oder ihren Gesellschaften geschrieben haben.
- d. welche Regelungen in Bezug auf Entlohnung, Befristung, etc. der für den Großteil der Stadtverwaltung und ihre Gesellschaften verpflichtenden TVöD-VKA für Studierende, die ihre Abschlussarbeiten in der städtischen Verwaltung schreiben wollen und studentische Praktikanten, trifft.

2. sich aktiv um Studierende zu bemühen, die in der Stadtverwaltung und den städtischen Beschlusstext
Gesellschaften Praktika absolvieren oder Abschlussarbeiten schreiben möchten und dies als Instrument zur Mitarbeitergewinnung zu nutzen.

Nr. 1 a

Studierende können sich immer mit dem Wunsch, ihre Abschlussarbeit bei der Landeshauptstadt Wiesbaden zu schreiben, an die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe wenden. Wenn die Rahmenbedingungen (Inhalt der Abschlussarbeit und Zeitraum) gepasst haben, wurde dies ermöglicht.

Nr. 1 b

Bisher wurden keine Statistiken über Studierende, die ihr Praktikum in der städtischen Verwaltung absolviert haben, geführt. Nach einer Abfrage bei den städtischen Ämtern konnten folgende Zahlen zusammengetragen werden:

Praktikum während des Studiums ohne Entgelt: 81

in folgenden Ämtern: Ordnungsamt, Umweltamt, Schulamt, Gesundheitsamt, Stadtplanungsamt und Grünflächenamt

Pflichtpraktikum (800 Std.) während des Studiums mit Entgelt: 600

in folgenden Ämtern: Rechtsamt, Sozialleistungs- und Jobcenter und Amt für Soziale Arbeit

Nr. 1 c

Ebenfalls gibt es keine geführten Statistiken über Abschlussarbeiten im Rahmen eines Studiums. Auch hier wurden die städtischen Ämter befragt und insgesamt sind nur 5 Abschlussarbeiten bekannt.

Nr. 1 d und 2

Es gibt eine einschlägige tarifliche Regelung für Praktikanten in sozialen Berufen (Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagogen, Erzieher*innen etc.), nämlich den TVPöD (Tarifvertrag für Praktikantinnen und Praktikanten des öffentlichen Dienstes).

Ein Magistratsbeschluss sieht vor, dass zukünftig - unter gewissen Voraussetzungen - Schüler*innen und Studierenden ein monatliches Entgelt gezahlt werden soll. Die Richtlinie hierzu wird gerade erarbeitet.

Zusätzlich soll das Angebot von dualen Studiengängen erweitert werden. Neben dem klassischen Bachelor of Arts Public Administration (zukünftige Beamtinnen und Beamte des gehobenen Verwaltungsdienstes) wird der duale Studiengang Bachelor of Arts Digitale Verwaltung, der Bachelor of Arts Soziale Arbeit und ab Oktober 2022 der Bachelor of Arts Soziale Sicherung, Integration, Verwaltung angeboten.

Die Zahl der dualen Studiengänge soll weiter ausgebaut werden und ein entsprechendes Budget ist im Haushaltsplan 2022/2023 vorgesehen.


Gert Uwe Mende